

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung der Sitzung**

- 2** **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 11.05.2022**

- 3** **Gespräch mit der Präsidentin der Fachhochschule Potsdam**

- 4** **Bericht 'aktuelle Situation Geflüchtete'**

- 5** **Sachstand Bürgerservice**

- 6** Empfehlung für die Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland
und Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung
Vorlage: 22/SVV/0453
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

- 7** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

- 7.1 Förderung der Gleichstellung in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0335
Stadtverordnete Bartelt, Enderlein, Gerber, Dr. Günther, Heigl, Hüneke, Lange,
Dr. Müller, Reimers, Rößler, Dr. Rüniger, Schulze, Siewert, Schkölziger, Vandre,
Dr. Zalfen

- 8** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 8.1 Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0
mit Einbeziehung des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0066
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

- 8.2 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem
Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks
Vorlage: 22/SVV/0301
Fraktion CDU

- 8.3 Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen
Volkspark, Biosphäre und anderen städtischen Einrichtungen
Vorlage: 22/SVV/0302
Fraktion CDU

8.4 Evaluation des Handlungsrahmens der Geschäftsführer in den städtischen Gesellschaften
Vorlage: 22/SVV/0300
Fraktion CDU

8.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/0332
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

8.6 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE

9 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
Vorlage: 22/SVV/0352
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

10.2 Weiterentwicklung Serviceoffensive Bürgerservice der Stadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0347
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

10.3 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben
Vorlage: 22/SVV/0349
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

10.4 Stresstest Krampnitz - Berichterstattung zur Verfahrensweise

10.5 Information zur Bevölkerungsbefragung zur Sicherheitsanalyse

11 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.05.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, folgende Tagesordnungspunkte **zurückzustellen**:

- **TOP 8.2**, betr.: Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks, da das Votum aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes fehlt.
- **TOP 8.6**, betr.: Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam“, DS 22/SVV/0367, da das Votum aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion fehlt.
- **TOP 10.1**, betr.: Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24, DS 22/SVV/0352, bis die Beratung aller Fachausschüsse erfolgte.

Ferner wird er im TOP 11 „Sonstiges“ zur Wohnungsbaukoordinierungsstelle informieren. Weitere Änderungen sowie die Beratung von nicht öffentlichen Themen werden nicht gewünscht, so dass es in dieser Sitzung keinen nicht öffentlichen Teil gibt und auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die nicht öffentliche Niederschrift gleich mit abgestimmt wird.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 56. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.05.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 56. nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.05.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 14 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei einer Gegenstimme.

zu 3 **Gespräch mit der Präsidentin der Fachhochschule Potsdam**

Der Oberbürgermeister begrüßt Frau Prof. Dr. Schmitt-Rodermund, Präsidentin der Fachhochschule Potsdam sowie Herr Prof. Dr. Schröder.

Frau Prof. Dr. Schmitt-Rodermund gibt eingangs anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) einen Überblick über die Fachhochschule im Kurzprofil. Herr Prof. Dr. Schröder informiert weiter über die digitale Transformation anhand von Projektbeispielen und geht insbesondere auf den Strukturentwicklungsplan 2025: Hochschule für die Welt von morgen und Beispielprojekte im Kontext „Smart City“ ein. Anschließend beantworten sie die Fragen der Hauptausschussmitglieder.

zu 4 Bericht 'aktuelle Situation Geflüchtete'

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, informiert über die allgemeine Lage, die Situation hinsichtlich der Unterbringung von Geflüchteten, zu den Zahlen bezüglich Schuleingangsuntersuchungen und den Herausforderungen des Rechtskreiswechsels und der Kapazitätsplanung; die Information ist dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt).

Sie verweist darauf, dass die Richtlinie zur Kostenübernahme bei privaten Vermietern nach rechtlicher Prüfung und Risikoabschätzung (fehlende Sicherheit bei der Kostenerstattung) nicht in Kraft gesetzt werde. Stattdessen werde für die Vermieter der Abschluss eines Untermietvertrages empfohlen, der dann auch gegenüber dem Jobcenter und der Landeshauptstadt Potsdam abrechenbar ist.

Frau Aubel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, ergänzt die Zahlen um folgende Informationen: zusätzlich wurden 49 Schüler:Innen in private Trägerschaften aufgenommen und das Verfahren der Einstiegsuntersuchung verlaufe reibungslos. Zum Thema Kita wurden 10 Eltern-Kind-Gruppen geschaffen; aufgrund des Fachkräftemangels gebe es eine Limitierung. Nach Auskunft des MBS könne pädagogisches Personal aus der Ukraine eingestellt werden. Zum Thema unbegleitete Minderjährige und Hilfen zur Erziehung haben sie derzeit 31 in Obhut genommen; die Versorgung sei sichergestellt. Im Anschluss beantwortet die die Fragen der Hauptausschussmitglieder zur besseren Kommunikation der Wohnungsbörse, den Untermietverträgen auch in Bezug auf den Königsteiner Schlüssel sowie zu den Zahlen der Eingangsuntersuchungen.

zu 5 Sachstand Bürgerservice

Der Oberbürgermeister erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zur Weiterentwicklung der Serviceoffensive Bürgerservice und verweist auf bereits umgesetzte Parameter, wie die Ausstattung zusätzlicher Schalterarbeitsplätze, den Umzug des Wartebereiches in die obere Ebene, der Erhöhung der Stellenanzahl, Wiedereinführung der Sprechstunde ohne vorherige Terminbuchung, Ausweitung der einsehbaren Termine für Terminbuchungen etc.

Insbesondere verweist er auf die Anzahl der abgearbeiteten Termine im Monat Mai, für April bis Ostern werden die Zahlen nachgeliefert. Zurzeit gibt es 426 Wartende in Bezug auf die Ausstellung von Reisedokumenten.

Im Weiteren geht er auf die Maßnahmen ein, die sich in Umsetzung befinden, wie die Terminvergabe über eine Buchungs-App und die technische Ausstattung mit Self-Service-Terminals und eines Abholautomaten.

Auf Nachfrage zu den Kosten und aus welchem Etat sie beglichen werden, antwortet der Oberbürgermeister, dass die Kosten aus den sog. Stellenhüllen intern beglichen werden. Nach der Beschaffung und Abarbeitung der Liste könne ein Schlusstrich gezogen und die Zahlen genannt werden.

zu 6

Empfehlung für die Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland und Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung

Vorlage: 22/SVV/0453

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage mit 6:2:0 Stimmen zugestimmt. Der Ortsbeirat Neu Fahrland tagt heute parallel zum Hauptausschuss.

Herr Kümmel, Planungsbüro, führt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) ergänzend zu der Information zum Thema in der Hauptausschusssitzung am 11.05.2022 zu den 2 Teilen der Beschlussvorlage aus. Der 1. Teil beziehe sich auf die Trasse und der 2. Teil auf die Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung. Teil 3 und 4 verdeutlichen die Absicht über die Maßnahmen Transparenz herzustellen. Im Weiteren geht er auf den Geltungszeitraum der drei Teilprojekte sowie dem Inhalt der Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung ein.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Dr. Niekisch beantragt, gemäß § 23 Abs. 1 d) Geschäftsordnung, die Beratung des Antrags bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 08.06.2022 zu vertagen und damit das Votum aus dem Ortsbeirat Neu Fahrland berücksichtigen zu können.

Der Oberbürgermeister betont, dass er bis heute keinen Sofortbeschluss in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2022 beantragt hat.

Abstimmung:

Der Antrag auf Vertagung der DS 22/SVV/0453 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

bei 4 Ja-Stimmen.

Der Oberbürgermeister informiert, dass das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung empfohlen habe und bisher 3 Fraktionen signalisiert haben, einen Sofortbeschluss fassen zu können.

Frau Hüneke unterstützt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Vorlage. Herr Dr. Scharfenberg erklärt namens der Fraktion DIE LINKE, dass die Voraussetzungen für einen Beschluss im Juni geschaffen wurden. Herr Dr. Wegewitz, Fraktion SPD, bedankt sich für die Alternativen und die Vorlage aller Planungsunterlagen; er schließe sich den Vorrednern an. Herr Said lehnt für die Fraktion AfD die Vorlage ab und hält die Förderfähigkeit für fraglich. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, was die Fraktion CDU an Unterlagen benötige, um sich zu entscheiden, antwortet Herr Dr. Niekisch, dass der Ortsbeirat Neu Fahrland noch kein Votum abgeben konnte und er daher die Vertagung beantragt hatte. Herr Dr. Zöller erklärt, an Herrn Said gerichtet, dass es gar keine Unsicherheit bezüglich der Förderfähigkeit gebe, dass die Vorzugsvariante genehmigungs- und förderfähig sei. Herr Heuer appelliert an die Hauptausschussmitglieder, nicht aus den Augen zu verlieren, dass es um Wohnungsbau und dem Anschluss an Kramnitz gehe. Das Planfeststellungsverfahren fordert die Varianten ab.

Anschließend wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. In Kenntnisnahme der Ergebnisse der Variantenuntersuchung zur Trassenführung der Straßenbahn auf der Insel Neu Fahrland (Anlage A) und der entsprechenden Erläuterungen der PTV Group (Anlage C) wird auf der Grundlage des Variantenvergleichs der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH empfohlen, die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für eine genehmigungsfähige und förderfähige Straßenbahntrasse mit besonderem Bahnkörper fertigzustellen und für das Planfeststellungsverfahren einzureichen.
2. Zur Durchführung der Straßenbahnverlängerung bis zum Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses wird der Oberbürgermeister beauftragt und als Gesellschafter der Stadtwerke Potsdam GmbH ermächtigt, die „Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung zum weiteren Vorgehen bei der Straßenbahnerschließung des Potsdamer Nordens“ gemäß Anlage B mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Entwicklungsträger Potsdam GmbH abzuschließen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens der Stadtverordnetenversammlung eine aktualisierte Kostenschätzung vorzulegen und die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung der Landeshauptstadt und den Wirtschaftsplan der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH darzustellen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auswirkungen auf die Gesamtfinanzierung des Vorhabens bis zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zu aktualisieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

zu 7.1 Förderung der Gleichstellung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0335

Stadtverordnete Bartelt, Enderlein, Gerber, Dr. Günther, Heigl, Hüneke, Lange, Dr. Müller, Reimers, Rößler, Dr. Rüniger, Schulze, Siewert, Schkölziger, Vandre, Dr. Zalfen

Der Antrag wird in der geänderten Fassung vom 23.05.2022 von Frau Dr. Zalfen namens der Fraktionärinnen eingebracht. Nachfolgend bringt Herr Said den Ergänzungsantrag der Fraktion AfD vom 25.05.2022 ein. Die Frage von Frau Dr. Zalfen, ob der Ergänzungsantrag der Fraktion AfD vom 03.05.2022 damit zurückgezogen ist, wird von Herrn Said nicht beantwortet.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion AfD vom 25.05.2022 mit folgendem Inhalt wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gleichstellungsorientierte Leitlinien für die Wirtschaft in der LHP, unter Beteiligung des Wirtschaftsrates und bestehender Netzwerke, zu erarbeiten und sich damit weiter aktiv für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Wirtschaft in Potsdam einzusetzen.

Neben gleichstellungsorientierten Leitlinien für die Wirtschaft sollen auch Wirkungs-Nutzen-Kriterien, z.B. im Bereich der Wirtschaftsförderung vorgeschlagen werden.

~~Dem SBWL ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht soll im zweiten-dritten Quartal 2022 erfolgen.~~

Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates der Landeshauptstadt Potsdam berichtet in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7.9.2022 umfassend über die Möglichkeiten einer paritätischen Gleichstellung für die Wirtschaft in der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmung:

Der o.g. Ergänzungsantrag der Fraktion AfD vom 25.05.2022 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird der Antrag in der geänderten Fassung vom 23.05.2022 zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gleichstellungsorientierte Leitlinien für die Wirtschaftsförderung in der LHP, unter Beteiligung des Wirtschaftsrates und bestehender Netzwerke, zu erarbeiten und sich damit weiter aktiv für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Wirtschaft in Potsdam einzusetzen.

Neben gleichstellungsorientierten Leitlinien für die Wirtschaft sollen auch Wirkungs-Nutzen-Kriterien, z.B. im Bereich der Wirtschaftsförderung vorgeschlagen werden.

Dem SBWL ist regelmäßig zu berichten, der erste Zwischenbericht soll im dritten Quartal 2022 erfolgen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, der SVV einen Vorschlag zu unterbreiten, der sicherstellt, dass der Wirtschaftsrat insofern geschlechtergerecht ausgestaltet wird, als der Vorsitz als Doppelspitze und der Vorstand paritätisch gewählt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 8 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 8.1 **Weiterbetrieb der Biosphärenhalle - Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 mit Einbeziehung des Volksparks** **Vorlage: 22/SVV/0066**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Der Oberbürgermeister informiert über die vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsanträge der Fraktion CDU vom 24.01.2022, der Fraktion der Freien Demokraten vom 22.02.2022, der Fraktion SPD vom 24.05.2022 und schlägt vor, diese in der Reihenfolge des Erstellungsdatums abzustimmen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Heuer, beantragt den Punkt 1 des Beschlussvorschlages gesondert abzustimmen.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Nachfolgend bringt Frau Dr. Zalfen den Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 24.05.2022 ein.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion zu den Inhalten der vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsanträge an, mit dem Ergebnis, dass die Einbindung von Akteuren vor Ort begrüßt werde, ein Abriss keine Option sei, es Zeit ist, eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Auf den Appell, die Kosten im Auge zu behalten, betont Herr Kümmel, Planungsbüro, dass die Verwaltung auf dem Weg sei, das Vorhaben konkret auszugestalten und den Förderantrag zu stellen. Zu den Zahlen informiert er anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt), zu den Investitionskosten, insbesondere dem Szenario 4b, in Höhe von 1.052.828,54 € Belastung für die ProPotsdam. Im Weiteren erörtert er die einzelnen Kostenpositionen und stellt den Vergleich Biosphäre 2.0 / Kalthalle /Abriss – mit und ohne GRW-I-Förderung vor.

Der Oberbürgermeister betont, dass am Ende jede Variante Geld kosten werde und es keinen sogenannten Königsweg gebe. Anschließend informiert er über die folgenden Voten der Ausschüsse:

Der Ausschuss für Finanzen hat der Vorlage mit 5:2:2 Stimmen zugestimmt. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität hat den Änderungsantrag der Fraktion CDU vom 17.01.2022 und den Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten vom 22.02.2022 abgelehnt sowie der Vorlage zugestimmt. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hat der Vorlage mit der Streichung des 1.Punktes mit 6:0:2 Stimmen zugestimmt.

Nachfolgend werden die Änderungs-/Ergänzungsanträge zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion CDU vom 24.01.2022 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten vom 22.02.2022 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion SPD vom 24.05.2022 wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so ergänzte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Biosphärenhalle soll auf der Grundlage des Konzeptes Biosphäre 2.0 unter Einbeziehung des Volksparks gemäß Anlage A weiter betrieben und attraktiviert werden.
2. Auf der Grundlage der Prüfergebnisse zum Beschlusses 19/SVV/0304 gemäß Anlage B wird eine für die Realisierung des Konzeptes optimale Gesellschafts- und Eigentümerstruktur vorbereitet und der Stadtverordnetenversammlung erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Als weitere Arbeitsgrundlage dient dazu Anlage C.
3. Bis zu einer Klärung über eine mögliche neue Eigentümer- und Betreiberstruktur trägt die Landeshauptstadt Potsdam weiterhin den erforderlichen finanziellen Zuschuss, um den Betrieb der Biosphärenhalle weiter aufrechtzuerhalten. Nach der Beschlussfassung übernimmt die Landeshauptstadt die finanziellen Verluste, die durch den Betrieb der Biosphärenhalle entstehen bis zum Abschluss der Attraktivierung bzw. dem Zeitpunkt der Wiedereröffnung.
4. **Im Rahmen der weiteren Planungen zur Attraktivierung der Biosphärenhalle als touristisches Ziel und Ort der Bildung sollen auch die Angebote des Standortes sowohl für den Stadtteil und die Bewohnerinnen und Bewohner des Bornstedter Feldes als auch für den Rest der Stadt gestärkt werden.**
5. **Dazu sollen im Rahmen des weiteren Vorgehens Vertreterinnen und Vertreter der Anwohnerschaft des Bornstedter Felds, des Stadtteilladens Bornstedt und der Interessenvertretung in den Planungsprozess mit einbezogen werden.**
6. **Weiterhin sind Angebote in die das Projekt zu integrieren, die mit der Konzeptidee 'Biosphäre 2.0' kompatibel sind. Insbesondere sind u.a. attraktive gastronomische Angebote, extern nutzbare Veranstaltungsflächen (z. B. Kleinkunsthöhne, Kinosaal),**

öffentlich verwendbare Gartenflächen, mögliche Verkaufs- oder Abholstellen für regionale Lebensmittel u.ä. zu prüfen, die zu einer regelmäßigeren Frequentierung des Ortes durch Postdamerinnen und Potsdamer beitragen.

7. Für weiterführende sozialraumbezogene, soziokulturelle oder den Freizeitsport betreffende Bedarfe, die über die Nutzbarkeit der Biosphärenhalle hinausgehen, soll auch die Fläche zwischen dem Betriebshof des Volksparks und der Biosphäre in die Überlegungen zur weiteren bedarfsgerechten Gestaltung mit eingebunden werden.

8. Die zukünftigen Planungen zur Bereitstellung sozialer Infrastruktur westlich des Volksparks, auf dem Grundstück des neuen Gymnasiums in Potsdam-Bornstedt und Pappelallee/Ecke Reiherweg, bleiben vom vorliegenden Antrag unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

zu 8.2 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks

Vorlage: 22/SVV/0301

Fraktion CDU

Zurückgestellt – da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes fehlt.

zu 8.3 Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Volkspark, Biosphäre und anderen städtischen Einrichtungen

Vorlage: 22/SVV/0302

Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag namens der Fraktion CDU ein. Der Oberbürgermeister betont, dass dieser Antrag den zuvor gefassten Beschluss noch beschleunige. Nach kurzer Diskussion meldet sich Herr Wollenberg zur Geschäftsordnung und beantragt, die Erledigung festzustellen.

Abstimmung:

Der Antrag auf Erledigung der DS 22/SVV/0302 wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 7 Ja-Stimmen.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für die Zusammenarbeit der Biosphäre mit dem Volkspark und der Potsdam Marketing und Service GmbH (PMSG) zu erarbeiten und dabei auch zu prüfen, ob Synergien mit anderen städtischen Einrichtungen wie z.B. das Naturkundemuseum oder Stadtmarketing genutzt werden können. Dabei ist insbesondere zu prüfen:

- inwieweit die Veranstaltungen aufeinander abgestimmt und gegenseitig unterstützt werden können,
- Synergien genutzt werden können,
- gemeinsame Zielgruppen angesprochen und interessiert werden können,
- eine gemeinsame Gesamtstrategie entwickelt werden kann.

Das Ergebnis ist bis Ende 2022 dem Hauptausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	6

zu 8.4 Evaluation des Handlungsrahmens der Geschäftsführer in den städtischen Gesellschaften

Vorlage: 22/SVV/0300

Fraktion CDU

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzungen der städtischen Betriebe dahingehend zu überprüfen, ob sie den Geschäftsführern die notwendige Handlungsspielraum einräumt, der eine optimale unternehmerische Entscheidungsfreiheit sicherstellt, ohne die erforderliche Transparenz und Kontrolle durch den/die Gesellschafter und Gremien einzuschränken.

Dem Hauptausschuss ist bis Ende 2022 zu berichten.

Herr Finken bringt den Antrag namens der Fraktion CDU ein. Der Oberbürgermeister betont, dass die Wertgrenzen regelmäßig evaluiert werden und damit sei dieser Antrag durch regelmäßiges Verwaltungshandeln erledigt.

Auf Nachfrage von Herrn Finken, wann es einen Bericht gebe, verweist der Oberbürgermeister auf die regelmäßige Berichterstattung der Unternehmen im Hauptausschuss.

Daraufhin meldet sich Herr Dr. Wegewitz zur Geschäftsordnung und beantragt, gemäß § 23 Abs. 1 e) der Geschäftsordnung, die Drucksache als durch Verwaltungshandeln erledigt abzuschließen.

Abstimmung:

Der Antrag auf Erledigung der DS 22/SVV/0300 wird

mit 12 Ja-Stimmen angenommen,
bei 4 Gegenstimmen.

zu 8.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/0332
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 8.6 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE

Zurückgestellt – da das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion fehlt.

zu 9 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Der Oberbürgermeister informiert darüber, dass zur Einwohnerfragestunde der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2022 keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

zu 10.1 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24

Vorlage: 22/SVV/0352

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

Zurückgestellt – bis alle Fachausschüsse beraten haben.

zu 10.2 Weiterentwicklung Serviceoffensive Bürgerservice der Stadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0347

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Dieser Tagesordnungspunkt hat sich mit der Berichterstattung im TOP 5 erledigt.

zu 10.3 Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den städtischen Betrieben
Vorlage: 22/SVV/0349

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Dr. Denninger, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, stellt die Mitteilungsvorlage vor und beantwortet Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Stresstest Krampnitz - Berichterstattung zur Verfahrensweise

Frau Pfeiffer, stellvertretende Projektleiterin von Drees & Sommer stellt das Projektteam vor und erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt), die Ausgangssituation und insbesondere die Aufgaben- und Zielstellung zum Projekt, das methodische Vorgehen in drei Bausteinen, die Leistungen von Drees & Sommer sowie abschließend den Zeitplan. Mit dem Start Ende März wurde heute der 1. Aufschlag zur Statusanalyse versendet.

Der Oberbürgermeister betont, dass die wichtigste Information sei, dass es im August das Ergebnis des Stresstestes geben werde.

Nach Beantwortung von Fragen der Hauptausschussmitglieder, u.a. ob Drees & Sommer sich in der Beratungsfunktion oder Steuerungsfunktion sehen und zu den Kosten bedankt sich der Oberbürgermeister bei Frau Pfeiffer für die Ausführungen und erklärt, dass er davon ausgehe, das Thema im Hauptausschuss Ende August/Anfang September wieder aufzurufen.

zu 10.5 Information zur Bevölkerungsbefragung zur Sicherheitsanalyse

Herr Hansche, Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Projektmanagement Kriminalprävention informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) allgemein und zur Zielstellung der Analyse sowie zur Gebietsaufteilung und Datenzusammenstellung zwecks Durchführung einer Bürgerbefragung. Zur Bürgerbefragung führt er zum Fragebogen mit 40 Fragen und den Themenkomplexen aus. Es werde mit 3.000 Fragebögen eine Stichprobenerhebung vor den Sommerferien durchgeführt, so dass die Verwaltung in der Sommerpause die Auswertung vornehmen könne.

zu 11 Sonstiges

Thema Plenarsaal, Garnisonkirche

Auf die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie weit die Verwaltung mit der Vorstudie zum Plenarsaal sei, antwortet der Oberbürgermeister, dass sie daran mit dem Unternehmen für die Raum- und Gebäudeplanung arbeiten sowie die rechtliche Prüfung betreffs Garnisonkirche ggf. vor der Sommerpause vorlegen können.

Information zur Wohnungsbaukoordinierungsstelle

Aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit schlägt der Oberbürgermeister vor, diese Information in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 08.06.2022 zu geben; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.